

Zu diesem Heft

Roland Sturm ruft Politik und Demokratie in seinem „Brennpunkt“ dazu auf, nicht der Selbsttäuschung der Zirkusattraktion „Dame ohne Unterleib“ zu verfallen. In einer Zeit, in der Demokratie sich nicht über zunehmenden Wohlstand legitimieren kann, ist ihre Verankerung in normativen Orientierungen ihrer Bürgerinnen und Bürger unerlässlich. „Politische Bildung wird gerade in Krisenzeiten mehr gebraucht als jemals zuvor.“ Dies formuliert den Sinn der Zeitschrift *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* und das Credo der Herausgeber!

Dieses Heft der GWP hat sich mit den fachwissenschaftlichen Aufsätzen und der „Kontroverse“ zu einem internationalen Heft entwickelt. Zuerst untersucht *K. Brummer* die Übernahme von weltpolitischer Verantwortung durch die Europäische Union als Meilenstein der EU-Entwicklung. Die europäische Verfassung könnte diese Aufgabe fördern: Personalisierung durch neue Ämter wie das des EU-Außenministers, Differenzierung der Teilhabe z.B. an Militärmissionen durch neue Strukturen und Instrumente würden hier helfen können. Aber auch ein Scheitern des Verfassungsvertrages würde den Vorgang nicht aufhalten, sondern – so die These des Autors – die Fähigkeiten der EU auf politischer, militärischer und internationaler Ebene zur Verantwortungsteilhabe werden zunehmen.

Ein zweites Europa-Thema mit hohem Aktualitätsgehalt betrifft die Türkei. Die komplizierten Beziehungen von Europäischer Union und Türkei als Wechsel von Annäherungen und Distanzierungen seit den 50er-Jahren mündeten 2004 in einem „freudlosen Ja“ der EU zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen (*M. Große Hüttmann*). Die Geschichte der Osterweiterung kann dafür Probleme, Verfahren und Kriterien sehen lehren. Daraus ergibt sich, dass der Ausgang der Beitrittsverhandlungen tatsächlich offen ist. Der Aufsatz zeigt Zusammenhänge, die das Verfolgen der Verhandlungen, die sich über eine ganze Reihe von Jahren erstrecken werden, erleichtern bzw. ermöglichen.

Wirtschaftliche Probleme sind kaum ohne globale Perspektive zu erfassen. Dabei ist die entscheidende Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat neu zu stellen. Dies tun *Blau-berger, Mergler und Wagschal* in ihrer Darstellung der IPÖ, der internationalen politischen Ökonomie. Sie entwerfen eine Landkarte aus klassischen und modernen Theorien: Merkantilismus und seine Neo-Variation, Liberalismus und Neo-Liberalismus sowie schließlich Marxismus und neo-marxistische Varianten. Die Theorien bestimmen die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik unterschiedlich, so dass in dieser Landkarte zahlreiche gegenwärtige und zukünftige Phänomene und Probleme verortet werden können. Die Stichworte Global governance, Globalisierung, strukturelle Macht und Staatstätigkeitsprofile fassen sehr unterschiedliche Erscheinungen zusammen. *Hans-Hermann Hartwich* stellt diesem Aufsatz eine strukturierende Übersicht auf künftig in GWP behandelte Themen der internationalen politischen Ökonomie voran.

Am Beispiel des (fiktiven) Bekleidungsunternehmens MARANI mit Schwerpunkt im Sportgeschäft führt *Rahild Neuberger* uns in internationale Produktionsnetzwerke ein. Was heißt es konkret, also organisatorisch, dass ein Unternehmen im Ausland produzieren lässt? Das Kerngeschäft des deutschen Unternehmens sind Entwicklung (Design), Qualitätskontrol-

le und Vertrieb, während Produktion und Logistik (Transport) durch andere besorgt werden. Kooperationen, Allianzen und Netzwerke von Unternehmen (auch: Wettbewerbern) auf unterschiedlichen Stufen der Wertschöpfung bilden aus Gründen der Kostenvorteile ein dynamisches System, das durch den internationalen Wettbewerb, in dem die Verbraucher die Seite der Nachfrage darstellen, in Gang gehalten wird. Die Architektur der Unternehmen hat sich ökonomisch und juristisch gewandelt – hier erhalten wir einen Blick in ihr Innenleben. Aus all' dem ergeben sich höhere Anforderungen an die Bildung der Beschäftigten im Inland!

Konsequenzen der Europäisierung für die Kompetenzen der Bundesländer beschreibt *M.W. Bauer* in einer „Aktuellen Information“. Die Bundesländer haben – so die zugespitzte Beobachtung – einen „Pyrrhussieg“ errungen: Zwar sind Erfolge bei ihrer Interessenvertretung im Konvent zur Erarbeitung eines Entwurfs einer europäischen Verfassung gelungen – aber sie bleiben vermutlich symbolisch. Denn der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen und die Erweiterung der EU um zentralistisch geprägte Staaten wird das Gewicht der Bundesländer verringern.

Das Problem sozialer Ungleichheiten bestimmt die zweite Aktuelle Information (von *I. Uhlenbrock*): „Armut im Wohlstand“ behandelt den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Inhaltliche und statistische Definitionen entstehen in einem Geflecht aus moralischen, eigennützigen und kapazitätsorientierten Argumenten – auf diesem Hintergrund betreffen wichtige Ergebnisse des Berichts die Leser unmittelbar, weil viele in Form von Risiken davon berührt sind.

In der Rubrik „Rechtsprechung“ zeigt *H. Adamski* die Geschichte der politischen Diskussion um Studiengebühren und zeichnet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Normenkontrollantrag mehrerer Bundesländer gegen das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz nach. Hierbei geht es um die Kompetenzen zur Gesetzgebung, nicht aber um deren Inhalt, wie häufig fälschlicherweise behauptet wird (als hätte sich das Gericht gegen Studiengebühren ausgesprochen).

„Kontrovers“ sind die Auffassungen zum Beschluss der EU-Finanzminister zum Euro-Stabilitätspakt, der – so *H.H. Hartwich* – zum Wachstumspakt verändert wurde. Die einen sagen, diese Änderung erleichtere das staatliche Schuldenmachen in gefährlichem Maße, die anderen sagen, jetzt könne prozyklische Politik vermieden werden. Auffällig sei, dass keine der beiden Seiten (Wissenschaft und Politik sind die Hauptkontrahenten, die Medien bilden sie ab) in dieser Kontroverse auf die Argumente der anderen Seite auch nur eingehe, obwohl es bedenkenswerte Punkte auf beiden Seiten gibt. Die Kontroverse als solche ist also zwar lehrreich, aber nicht politisch bildend – dies wird sie erst in der Verarbeitung.

Die „Didaktische Praxis“ widmet sich einem wichtigen und schwierigen Thema: wie können Lehrer und Lehrerinnen im Unterricht mit rechts orientierten Schülern umgehen? *M. May* und *A. Dietz* empfehlen, nicht zu moralisieren und zu argumentieren, sondern – in der gymnasialen Oberstufe – mit wissenschaftspropädeutischer Distanz das Phänomen „Rechts-extremismus“ verhandelbar zu machen. Sie haben eine Unterrichtsreihe entworfen und erprobt. Reaktionen aus unserer Leserschaft zu diesem didaktisch-methodischen Entwurf sind erwünscht und erbeten!

In der „Analyse“, dem umfangreichsten Format in unserer Zeitschrift, wird das klassische Thema „Verbände“ von *A. Straßner* aufgearbeitet. Die idealtypische Auflistung ihrer Funktionen wird beispielhaft erläutert und demokratietheoretisch eingeordnet. Dieser positiven Sicht der Verbände werden Kritiken aus unterschiedlichen Theorietraditionen gegenübergestellt, wonach besonders die Pluralismusunterstellung unrealistisch sei. Diese Kritiken seien ernst zu nehmen. Andererseits seien Korruptions- und Erpressungsvorwürfe an die Adresse von Verbänden aber bloßer Populismus.

Die Herausgeber